



2021

Statistik Kommunal

Ohlsbach



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

317 097

Impressum

Statistik Kommunal 2021

Artikel-Nr. 8035 21001

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg,
Juli 2021

Redaktionsschluss: 1. Juni 2021

Preis

11 Euro zuzüglich Versandkosten

Ebenfalls erhältlich:

CD-ROM Gemeinde 51 Euro

CD-ROM Landkreis 199 Euro

CD-ROM Regierungsbezirk 499 Euro

Zu bestellen unter vertrieb@stala.bwl.de

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2021

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Vertriebsbedingungen

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.

Autorinnen

Sabine Maurer, Andrea Jäger, Simone Ballreich

2021

Statistik Kommunal

Ohlsbach

Hinweis

Im Text farblich hervorgehobene Begriffe werden im Glossar ab Seite 26 näher erläutert.

Datenquellen und Fußnoten

... befinden sich gesammelt ab Seite 24.

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohner
EUR	–	Euro
GVE	–	Großvieheinheiten
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
t	–	Tonnen
LF	–	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Einführung und Inhalt

Mit der Querschnittsveröffentlichung „Statistik Kommunal 2021“ informiert das Statistische Landesamt in zehnter Auflage über die vielfältigen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Gemeinden Baden-Württembergs. Seit dem vergangenen Jahr wird unsere Broschüre auf vielfachen Wunsch jährlich angeboten.

In vorliegendem Heft finden Sie wie gewohnt aktuelle Werte sowie Daten vorangegangener Jahre zu Bevölkerungsstand und -bewegung, zur Gebietsfläche, zum Bildungsbereich und Arbeitsmarkt, zum Wohnbau, zu Wahlen, Steuern und Finanzen sowie den Bereichen Umwelt und Verkehr. Erstmalig wurde eine Bevölkerungspyramide ins Heft aufgenommen, in der die Bevölkerung nach Geschlecht für die Jahre 2019 und 2035 grafisch dargestellt wird. Die Werte für das Jahr 2035 basieren auf den Ergebnissen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2017. Auch Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020 sind im Heft in einem weiteren Kapitel dargestellt. Zudem finden Sie in dieser Ausgabe die Wahlergebnisse der Landtagswahl 2021 in Ihrer Gemeinde.

Die Gemeindeergebnisse werden in übersichtlichen Tabellen, Schaubildern und Landeskarten präsentiert – überwiegend mit Daten aus den Berichtsjahren 2019 und 2020. Jedes der Kapitel wird mit einem knappen Text eingeleitet, der die entsprechenden themenbezogenen Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse der jeweiligen Gemeinde helfen. Bei einzelnen Gemeinden, insbesondere bei jenen mit niedrigen Bevölkerungszahlen, können einige Ergebnisse aus Geheimhaltungsgründen nicht ausgewiesen werden. Weitere kommunale Daten finden Sie auch über die in der Fußzeile jeden Kapitels platzierten Links zum Internetangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich	4
Übersichtskarte	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Ausländische Bevölkerung	10
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Bauen	14
Wohnen	15
Landtagswahlen	16
Landwirtschaft	17
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	18
Lohn und Einkommensteuer	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Datenquellen und Fußnoten	24
Glossar	26

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2019	ha	1 114
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2019	Anzahl	3 292
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2019	Anzahl	+ 2
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2019	Anzahl	+ 6
Bevölkerungszu-/abnahme 2019	Anzahl	+ 8
Bauen und Wohnen		
Genehmigte Wohnungen 2020	Anzahl	17
Bestand an Wohngebäuden 2019	Anzahl	851
Bestand an Wohnungen 2019 ¹⁾	Anzahl	1 496
Bildung²⁾		
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2019/20	Anzahl	112
Schüler/-innen an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2019/20 ³⁾	Anzahl	112
Schüler/-innen an Realschulen 2019/20	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gymnasien 2019/20	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen – Sekundarstufe I/II 2019/20	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2019/20	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2020	Anzahl	632
Pendlersaldo 2020	Anzahl	– 738
Arbeitslose insgesamt 2020	Anzahl	49
Arbeitslose Frauen 2020	Anzahl	25
Umwelt		
Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2019 ⁴⁾	Tonnen	5,4
Jahresfahrleistungen 2019	Mill. km	10,5
Tourismus		
Betriebe/Campingplätze mit mind. zehn Schlafgelegenheiten/Stellplätzen 2020 ⁵⁾	Anzahl	5
Schlafgelegenheiten insgesamt 2020 ⁵⁾	Anzahl	79
Ankünfte insgesamt 2020	Anzahl	3 700
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2020	Anzahl	9 259
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2020	Anzahl	631
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2019	1 000 EUR	3 599
Steuerkraftsumme 2019	1 000 EUR	4 348
Schuldenstand 2019	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2019	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2020	Anzahl	2 652
Straßenverkehrsunfälle 2020 ⁶⁾	Anzahl	7
Verunglückte Personen 2020	Anzahl	7

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Kreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2019	%	13	12	15
Fläche für Wald 2019	%	55	47	38
Fläche für Landwirtschaft 2019	%	29	38	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2019	Einw./km²	295	233	311
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2019	%	8	12	16
Durchschnittsalter 2019	Jahre	44,4	44,2	43,6
Durchschnittsalter 2035	Jahre	47,4	46,2	45,6
Landtagswahl 2021				
Wahlbeteiligung	%	72,3	61,4	63,8
Stimmenanteil der Parteien:				
GRÜNE	%	40,2	33,7	32,6
CDU	%	26,0	25,7	24,1
SPD	%	7,9	9,3	11,0
FDP	%	8,1	9,5	10,5
AfD	%	6,2	9,4	9,7
Sonstige	%	11,7	12,4	12,1
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2019	%	58	57	61
Wohnfläche je Einwohner/-in 2019	m²	50	48	46
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2020/21	%	.	12	6
Übergänge auf Realschulen 2020/21	%	.	39	35
Übergänge auf Gymnasien 2020/21	%	.	37	43
Übergänge auf Gemeinschaftsschulen 2020/21	%	.	12	14
Beschäftigung und Arbeitsmarkt⁶⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2020	%	54	39	36
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2020	%	11	24	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2020	%	23	37	44
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2020	%	26	31	29
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2020	Tage	2,5	2,3	2,9
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen je Einwohner/-in 2019 ⁷⁾	EUR	1 540	1 388	1 513
Schuldenstand je Einwohner/-in 2019	EUR	–	1 062	1 031
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner/-in 2016	Liter/Tag	112	115	119
Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser 2020 ⁸⁾	EUR/Einw.	153	203	231
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner/-in 2020	Anzahl	633	634	606

Übersichtskarte



Fläche

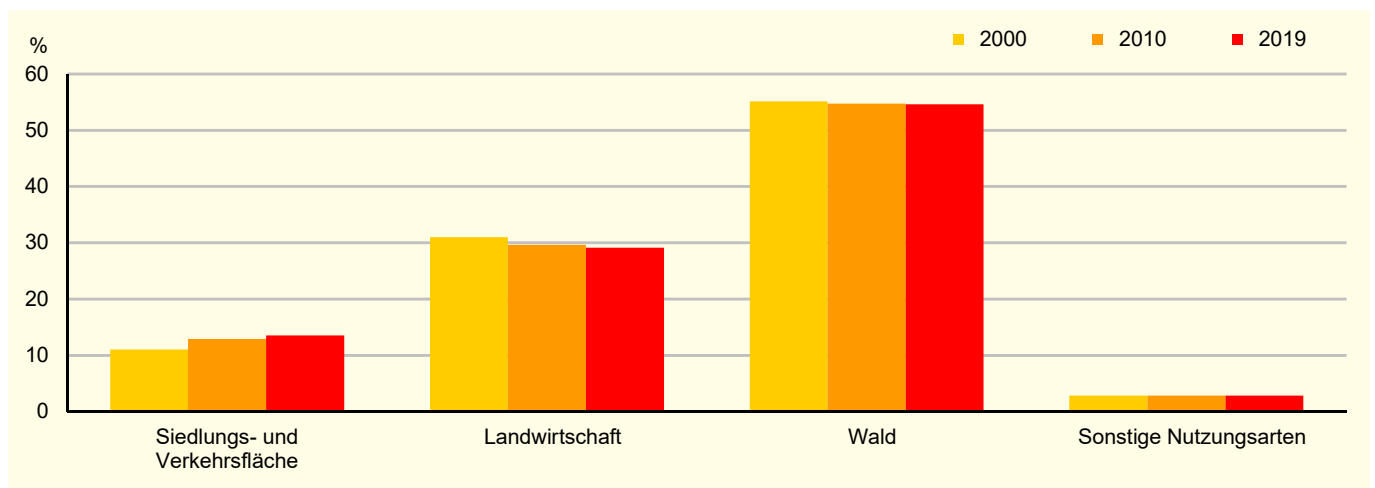
Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** umfasste im Jahr 2019 in Baden-Württemberg insgesamt 523 697 ha. Sie nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 1 745 ha zu, was einer Größenordnung von rund 2 490 Fußballfeldern entspricht. Damit ergibt sich für das Jahr 2019 rein rechnerisch ein **täglicher Flächenverbrauch** für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 4,8 ha/Tag. In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich damit eine abnehmende Tendenz. So lag die tägliche Flächeninanspruchnahme vor 10 Jahren noch bei rund 7 ha/T, während der Durchschnittswert über die letzten 5 Jahre rund 5,2 ha/T beträgt. Der Schwerpunkt der Flächenumwidmung lag vorrangig bei der Siedlung (1 593 ha, + 0,5 %) und weniger beim Verkehr (212 ha, + 0,1 %). Der größte Zuwachs innerhalb der Siedlung war bei der **Wohnbaufläche** zu verzeichnen. Sie dehnte sich um 1 196 ha oder 0,8 % aus.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) an der Bodenfläche insgesamt differiert bei regionaler Betrachtung deutlich. So lagen in den eher ländlich geprägten Landkreisen Freudenstadt, Sigmaringen oder Waldshut die Anteile bei rund 10 %, während in den verdichteten Gebieten wie dem Rhein-Neckar-Kreis, den Landkreisen Böblingen, Esslingen oder Ludwigsburg deutlich höhere Anteile zwischen 20 % und 25 % zu verzeichnen sind. In den Stadtkreisen liegt der Anteil der SuV zwischen 30,5 % (Heidelberg) und 58,2 % (Mannheim). Eine Sonderstellung unter den Stadtkreisen kommt dabei Baden-Baden (14,8 %) zu.

Siedlungs- und Verkehrsfläche*)

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2019		2019	
	ha	%	ha	%	ha	%
Bodenfläche insgesamt	1 114	100	1 114	100	3 574 783	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche	123	11,0	150	13,5	523 697	14,6
darunter						
Wohnbaufläche	53	43,1	73	48,4	155 970	29,8
Industrie- und Gewerbefläche	11	9,0	22	14,5	73 807	14,1
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	3	2,0	6	4,3	37 892	7,2
Friedhof	1	0,4	1	0,9	3 700	0,7
Verkehr	37	30,1	40	26,4	198 688	38,0

Flächennutzung*) in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs hat sich im Jahr 2019 um etwa 30 900 auf 11 100 400 Personen erhöht. Allerdings war der Zuwachs deutlich geringer als in den Jahren zuvor: Im Jahr 2018 nahm die Einwohnerzahl noch um 46 100, in 2017 um 71 500, in 2016 um 72 300 und im Jahr 2015 sogar um 163 000 zu.

Der Anstieg der Einwohnerzahl im Jahr 2019 war ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen: Die Zahl der Zuzüge lag um rund 37 800 höher als die der Fortzüge. Dagegen war der Geburtensaldo negativ (– 2 600). Die Zahl der Geborenen erreichte im Jahr 2019 mit 109 000 einen praktisch unveränderten Wert wie im Jahr zuvor. Die Gestorbenenanzahl stieg geringfügig auf 111 600 an – so viele, wie noch nie seit Bestehen des Landes.

Die **Bevölkerung** Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der Jüngeren (unter 20 Jahre) noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der Älteren (65 Jahre und mehr) lag, waren Ende 2019 die Älteren zahlenmäßig bereits etwas stärker vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hatte die Gemeinde Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis (34 %). Dagegen waren Breitnau im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sowie Setzingen im Alb-Donau-Kreis die Gemeinden mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen (jeweils 26 %).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871 in der Gemeinde

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 088	46	54	98	1990	2 558	49	51	230
1890	954	48	52	86	1994	2 651	50	50	238
1900	1 034	49	51	93	1998	2 866	51	49	257
1910	1 131	48	52	102	2002	3 031	50	50	272
1925	1 232	49	51	111	2006	3 203	50	50	287
1933	1 219	49	51	109	2010	3 231	50	50	290
1939	1 253	47	53	112	2014	3 187	50	50	286
1950	1 456	46	54	131	2016	3 182	50	50	286
1961	1 737	47	53	156	2017	3 246	50	50	291
1970	2 100	48	52	189	2018	3 284	50	50	295
1987	2 335	49	51	210	2019	3 292	50	50	295

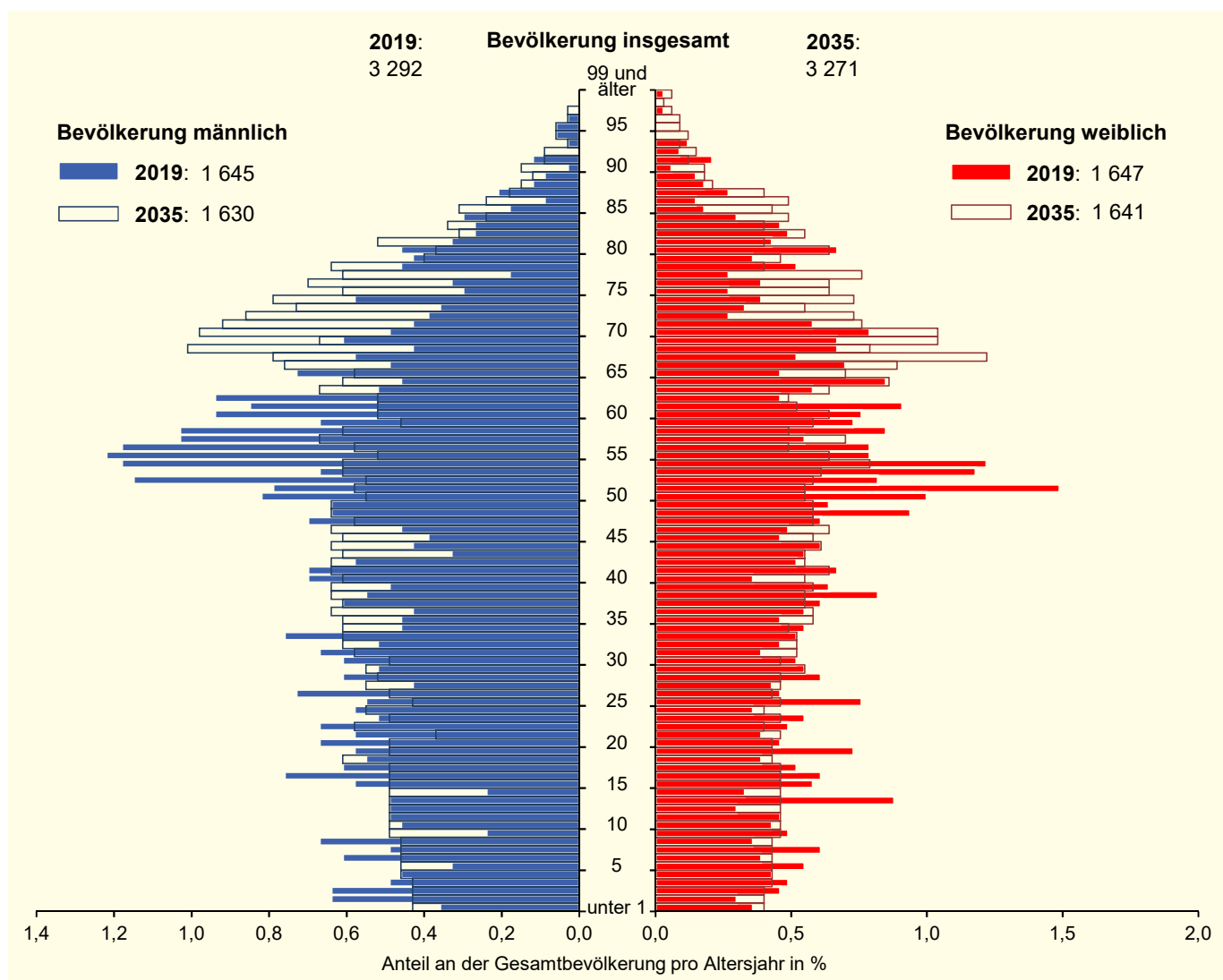
Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge in der Gemeinde

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-) ¹⁾			
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo						
			insgesamt	je 1 000 Einwohner			insgesamt	je 1 000 Einwohner					
									insgesamt	je 1 000 Einwohner			
	Anzahl												
2011	20	17	+	3	+ 0,9	210	205	+	5	+ 1,6	+	8	+ 2,5
2012	27	16	+	11	+ 3,5	187	198	–	11	– 3,5	–	–	–
2013	31	18	+	13	+ 4,1	190	179	+	11	+ 3,5	+	24	+ 7,5
2014	23	30	–	7	– 2,2	169	174	–	5	– 1,6	–	12	– 3,8
2015	25	21	+	4	+ 1,3	220	214	+	6	+ 1,9	+	10	+ 3,1
2016	26	26	–	–	–	220	235	–	15	– 4,7	–	15	– 4,7
2017	35	21	+	14	+ 4,4	233	183	+	50	+ 15,6	+	64	+ 19,9
2018	27	26	+	1	+ 0,3	214	176	+	38	+ 11,6	+	39	+ 11,9
2019	24	22	+	2	+ 0,6	202	196	+	6	+ 1,8	+	8	+ 2,4



Bevölkerungsstruktur 2019 in der Gemeinde

Altersgruppen	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	91	3	54	3	37	2	3	3	3
3 bis unter 6	90	3	42	3	48	3	3	3	3
6 bis unter 15	277	8	137	8	140	9	8	8	8
15 bis unter 18	120	4	64	4	56	3	3	3	3
18 bis unter 25	247	8	136	8	111	7	8	9	8
25 bis unter 40	548	17	275	17	273	17	20	21	19
40 bis unter 65	1 245	38	626	38	619	38	35	35	34
65 bis unter 75	344	10	167	10	177	11	10	9	10
75 und mehr	330	10	144	9	186	11	11	9	13
Insgesamt	3 292	100	1 645	100	1 647	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	44,4		43,5		45,3		43,6	42,4	44,9

Relative Bevölkerungspyramide der Gemeinde 2019 und 2035

Ausländische Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und lag Ende 2019 bei 11,1 Mill. Darunter waren annähernd 1,76 Mill. Ausländerinnen und Ausländer und damit an einem Jahresende so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 15,9 %. Von den Flächenländern Deutschlands hatte lediglich Hessen einen noch etwas höheren Anteil.

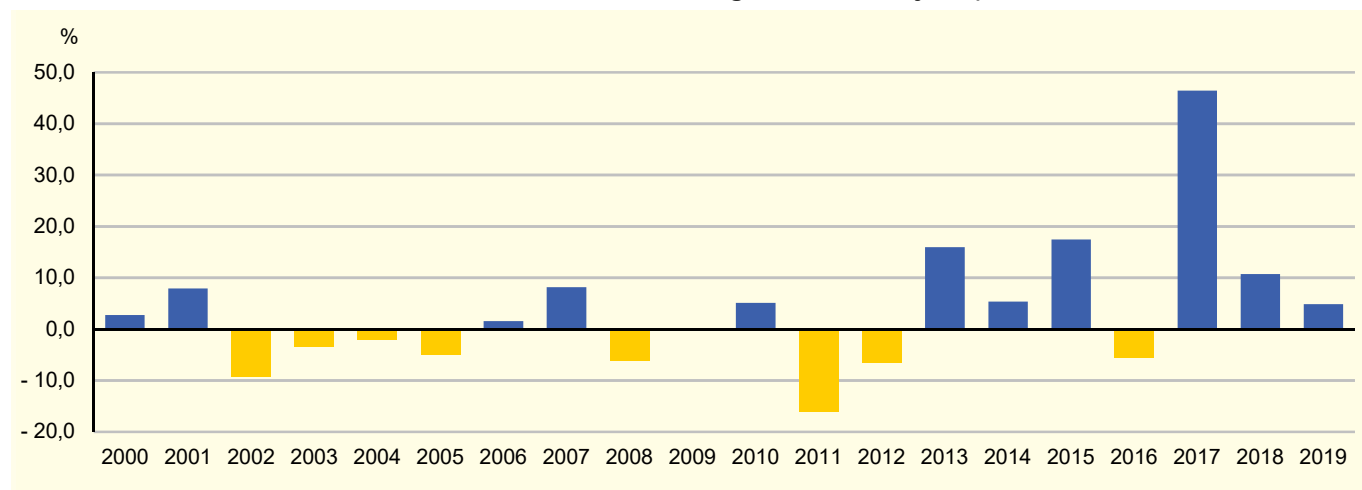
Die ausländischen Frauen und Männer in Baden-Württemberg waren im Jahr 2019 im Durchschnitt knapp 39 Jahre alt und damit wesentlich jünger als die deutsche Bevölkerung mit annähernd 45 Jahren. Allerdings sind auch die ausländischen Staatsangehörigen in den vergangenen Jahrzehnten „gealtert“. So lag ihr Durchschnittsalter im Jahr 1970 noch bei lediglich 28 Jahren und damit sogar um rund 8 Jahre niedriger als das der Deutschen.

Innerhalb des Landes verteilt sich die **ausländische Bevölkerung** sehr ungleichmäßig; es ist vor allem weiterhin ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle feststellbar: Am höchsten ist der Anteil an ausländischen Mitbürgerinnen und -bürgern in den Stadtkreisen Pforzheim, Heilbronn und Stuttgart, in denen jede vierte Person keinen deutschen Pass besitzt. Dagegen liegt dieser Anteil in den ländlich geprägten Landkreisen Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis bei lediglich knapp 10 %. Den höchsten Wert mit 35 % wies die Exklave Büsingen am Hochrhein aus.

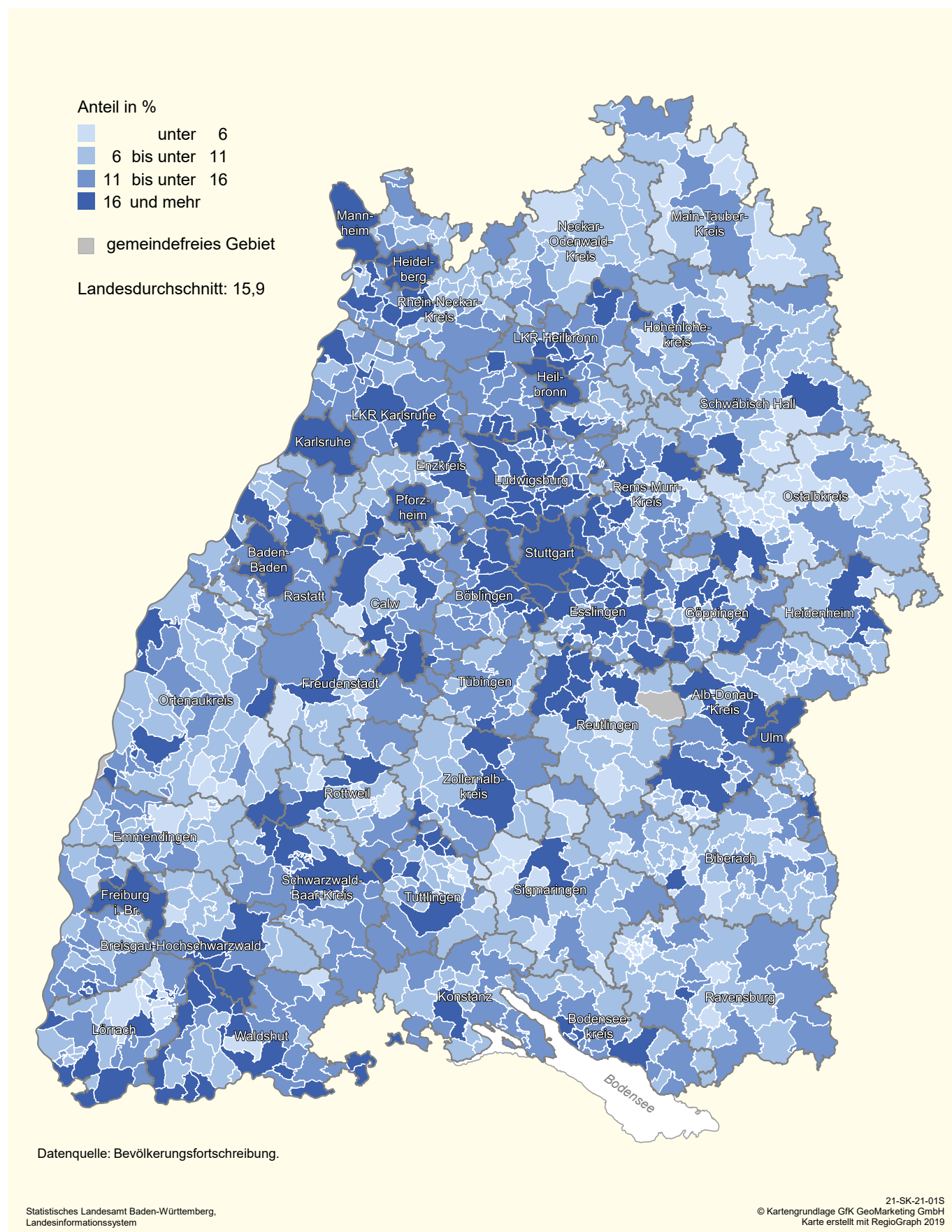
Ausländische Bevölkerungsstruktur 2019 in der Gemeinde

Altersgruppe	Ausländische Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 3	8	3	5	4	3	2	3	3	3
3 bis unter 6	7	3	3	2	4	3	3	3	3
6 bis unter 15	30	12	16	12	14	11	6	6	6
15 bis unter 18	9	3	2	1	7	6	2	2	2
18 bis unter 25	31	12	20	15	11	9	10	11	9
25 bis unter 40	65	25	32	23	33	27	31	32	30
40 bis unter 65	86	33	47	34	39	32	35	35	36
65 bis unter 75	16	6	8	6	8	7	6	6	7
75 und mehr	8	3	4	3	4	3	4	3	4
Insgesamt	260	100	137	100	123	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	35,8		35,7		35,9		38,6	38,1	39,1

Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Ausländerzahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde



Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Gemeinden 2019



Bildung

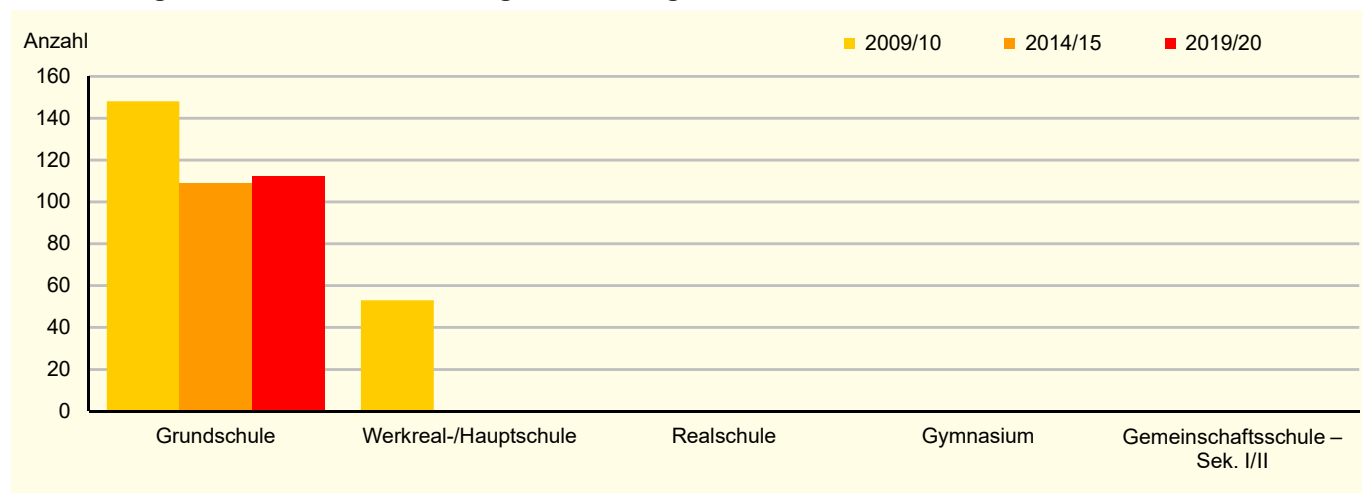
Zum Schuljahr 2019/20 besuchten rund 1,1 Mill. Schülerinnen und Schüler eine der 3 959 allgemeinbildenden Schulen des Landes. Knapp 90 % wurden an einer öffentlichen Schule und gut 10 % an einer Schule in freier Trägerschaft unterrichtet. Infolge der geringeren Einschulungszahlen war die Schülerzahl in den vorangegangenen 10 Schuljahren rückläufig. Insgesamt gab es im Schuljahr 2009/10 gut 12 % mehr Schülerinnen und Schüler als im Schuljahr 2019/20. Aufgrund der zuletzt steigenden Einschulungszahlen dürfte sie in den nächsten 10 Jahren auf knapp 1,22 Mill. ansteigen.

Der Rückgang der Schülerzahlen in Baden-Württemberg verlief in der letzten Dekade an den einzelnen Schularten nicht gleichmäßig. Während die Grundschulen mit gut 6 % sowie die Realschulen und Gymnasien mit gut 15 % und 17 % Schülerzahlverlusten nahe dem Gesamtrückgang im Land aufwiesen, traf es die Werkreal-/Hauptschulen, die knapp zwei Drittel ihrer Schülerschaft verloren, in besonderem Maße. Die unterschiedliche Entwicklung bei den auf der Grundschule aufbauenden Schularten ist unter anderem auf eine geänderte Schullandschaft zurückzuführen. Beispielsweise wurde zum Schuljahr 2012/13 die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und die **Gemeinschaftsschule** als neue Schulart eingeführt. Diese neue Schulart zählte im Schuljahr 2019/20 gut 82 000 Schülerinnen und Schüler.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2019/20 in der Gemeinde

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler/ -innen zusammen	und zwar		Schüler/ -innen je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2009/10	
	Schulen ¹⁾	Schüler/ -innen		weiblich	aus- ländisch		Schüler/-innen zusammen	Schüler/-innen je Klasse ²⁾
Grundschulen ³⁾	1	112	112	50	10	19	148	19
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	53	18
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Gemeinschaftsschulen – Sek. I/II	–	–	–	–	–	–	x	x
Freie Waldorfschulen	–	–	x	x	x	x	x	x
Insgesamt ⁵⁾	1	112	112	50	10	19	201	18

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinde



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

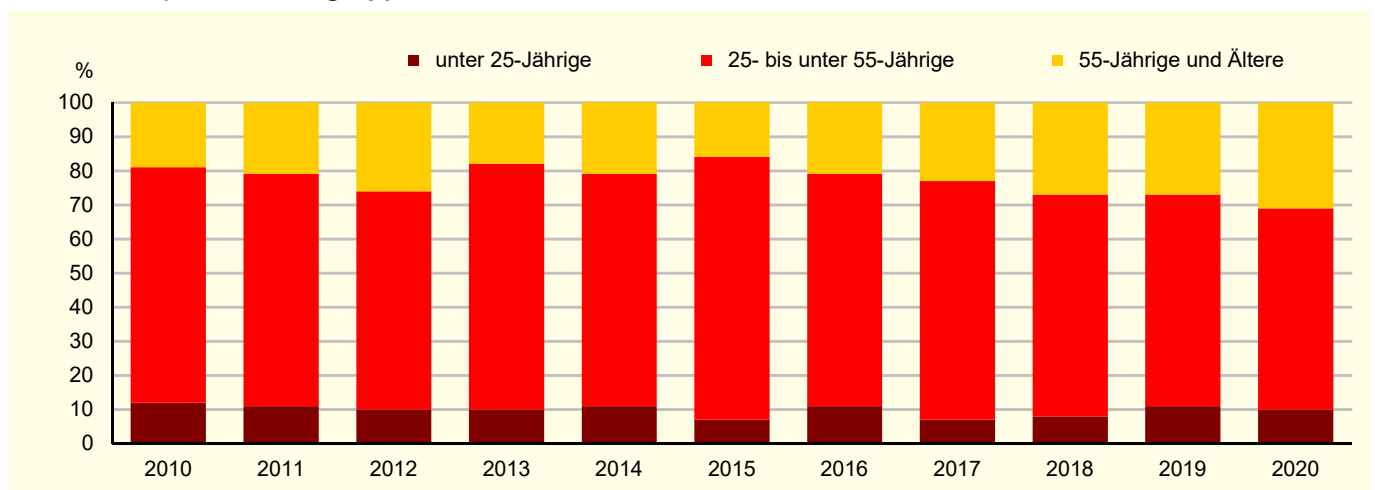
Zur Jahresmitte 2020 waren in Baden-Württemberg rund 4,73 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter gut 2,1 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies 814 000 (+ 21 %) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als 10 Jahre zuvor. Während die Zahl der deutschen Beschäftigten in der letzten Dekade um knapp 420 000 bzw. 12 % angestiegen ist, hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum um fast 400 000 auf gut 800 000 verdoppelt. Bedingt durch die Corona-Pandemie ergab sich in Baden-Württemberg im Jahr 2020 erstmals seit 2010 ein Rückgang bei der Beschäftigtenzahl. Durch den Einsatz von Kurzarbeit konnten jedoch massive Stellenverluste verhindert werden. Die Beschäftigtenzahl ging im Vorjahresvergleich um insgesamt rund 22 000 oder 0,5 % zurück. Besonders deutlich war dieser Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe (– 25 000, – 1,8 %) und in der Zeitarbeitsbranche (– 17 000, – 18,5 %). Auch im Gastgewerbe (– 10 000, – 7,5 %) und bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (– 10 000, – 2,6 %) gab es einen kräftigen Stellenabbau. Hin- gegen wurde im gleichen Zeitraum beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel die Zahl der Beschäftigten aufgebaut (10 000 bzw. 7 000 Personen).

Infolge der Corona-Pandemie hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um rund 63 000 bzw. 32 % erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Baden-Württemberg von 3,2 % auf 4,1 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*) in der Gemeinde

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ²⁾				Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt ¹⁾	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl			%			Anzahl	%		
2005	407	130	34	62	13	21	73	52	11	16
2007	508	159	33	57	21	17	46	61	7	28
2009	550	171	33	58	18	20	50	36	10	16
2011	604	190	35	54	11	29	38	50	11	21
2013	570	180	27	65	11	16	39	54	10	18
2015	493	155	32	57	10	23	30	50	7	17
2017	605	188	32	53	13	24	44	50	7	23
2019	618	188	28	56	12	21	37	43	11	27
2020	632	192	28	54	11	23	49	51	10	31

Arbeitslose*) nach Altersgruppen in der Gemeinde



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2020 Baugenehmigungen für knapp 42 800 Wohnungen in fast 16 400 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Im Jahr 2019 lag die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen noch bei knapp 40 200, also etwa 6 % unter dem Wert des Jahres 2020.

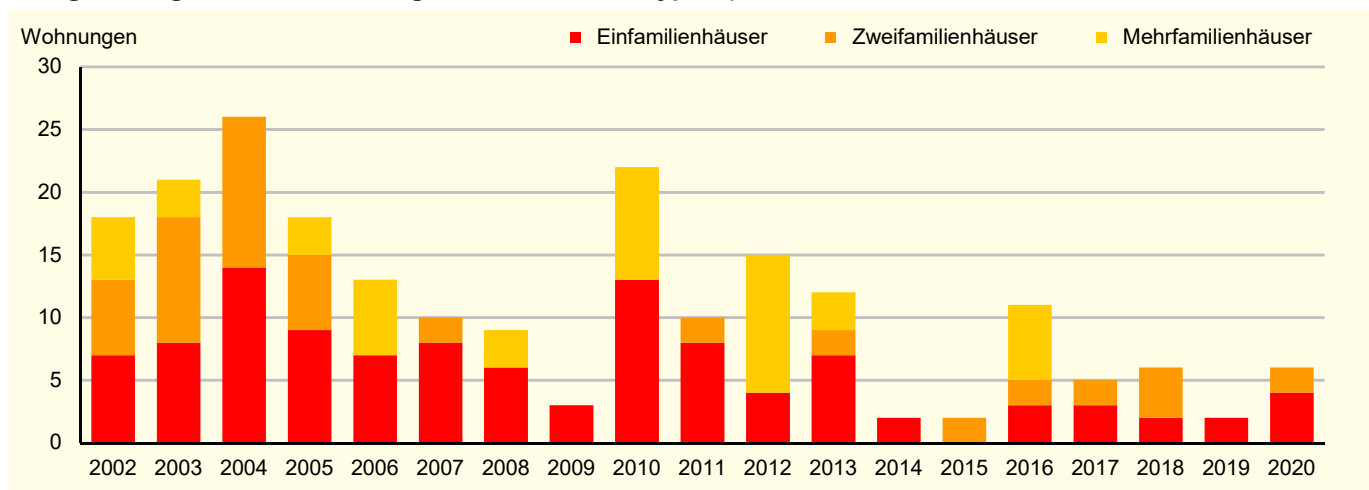
Nachdem die Baufertigstellungen von Wohngebäuden in Baden-Württemberg im Jahr 2019 um 3,6 % zurückgegangen waren, wurde im Jahr 2020 eine deutliche Zunahme verzeichnet: Es wurden rund 14 900 neue Wohngebäude fertiggestellt und damit 8,7 % mehr als 2019. Die Zahl der fertiggestellten neuen Wohnungen lag im Jahr 2020 bei rund 36 300 und folglich 7,6 % über dem Vorjahreswert (2019: rund 33 700 fertiggestellte Neubauwohnungen). Ein höherer Wert wurde letztmalig im Jahr 2001 erreicht (37 700 fertiggestellte Neubauwohnungen). Der Anteil der Einfamilienhäuser (70 %) ist ebenso wie der der Zweifamilienhäuser (13 %) nahezu unverändert geblieben. Rund 16 % der Wohngebäude, die im Jahr 2020 bezugsfertig gestellt wurden, waren Mehrfamilienhäuser mit drei oder mehr Wohnungen.

Insgesamt wurden 2020 rund 3,92 Mill. m² Wohnfläche in neuen Wohnungen in Wohngebäuden bezugsfertig. Dabei betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern 160 m² (2019: 161 m²), bei Zweifamilienhäusern lag sie bei 115 m² (2019: 114 m²) und in Mehrfamilienhäusern bei durchschnittlich 83 m² (2019: 85 m²).

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude in der Gemeinde

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser ¹⁾		Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser
				Anzahl	%		Anzahl	100 m ²		
2012	7	8	7	57	–	43	15	5	–	9
2013	4	5	9	78	11	11	12	11	2	3
2014	2	3	2	100	–	–	2	3	–	–
2015	5	11	1	–	100	–	2	–	2	–
2016	6	9	5	60	20	20	11	5	3	5
2017	2	2	4	75	25	–	5	5	2	–
2018	2	2	4	50	50	–	6	3	4	–
2019	5	6	2	100	–	–	2	3	–	–
2020	17	17	5	80	20	–	6	6	3	–

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*) in der Gemeinde



Wohnen

Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2019 um 0,7 % bzw. knapp 36 000 auf fast 5,4 Mill. Knapp zwei Drittel entstanden in Einfamilienhäusern. Die Anteile der Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen (einschließlich Küchen) sowie der Drei- oder Vierraumwohnungen lagen im Land bei jeweils 44 %, rund 12 % des Zugangs waren Ein- oder Zwei-Raum-Wohnungen.

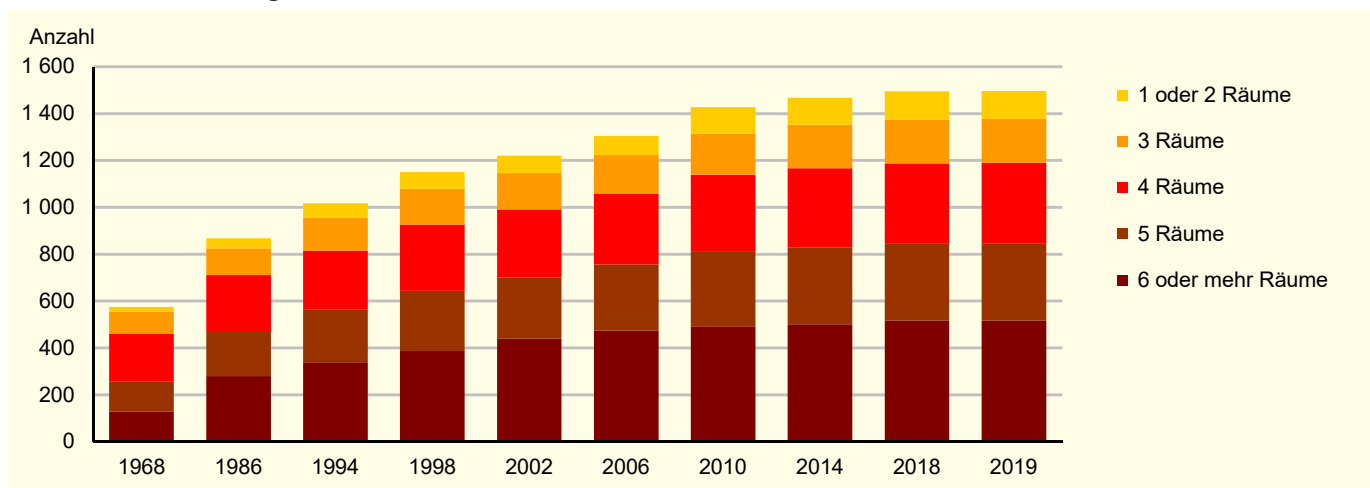
Neu gebaute Wohnungen sind deutlich größer als im Durchschnitt des Wohnungsbestands. So wächst die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 2019 kontinuierlich und erreichte 96,5 m². 10 Jahre früher waren es noch 4,4 m² weniger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum allerdings nur um 3,7 m². Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner standen 2019 rein rechnerisch 46,4 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2019 gab es landesweit rund 61 % Einfamilienhäuser, 21 % Zweifamilienhäuser und ca. 18 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil an Einfamilienhäusern in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen (Zollernalbkreis) mit knapp 92 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit etwas über 32 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei etwa 35 %.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Wohn- gebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohn- fläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
										m ²
1968	361	121	34	97	27	16	4	574	361	21
1986	518	260	50	213	41	45	9	867	275	35
1994	593	301	51	230	39	62	10	1 016	261	37
1998	668	349	52	241	36	78	12	1 150	249	40
2002	719	382	53	258	36	79	11	1 220	248	41
2006	774	417	54	274	35	83	11	1 304	246	42
2010	808	461	57	232	29	115	14	1 427	226	48
2014	835	480	57	236	28	119	14	1 467	217	50
2018	849	488	57	239	28	122	14	1 494	220	50
2019	851	490	58	239	28	122	14	1 496	220	50

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl in der Gemeinde



Landtagswahlen

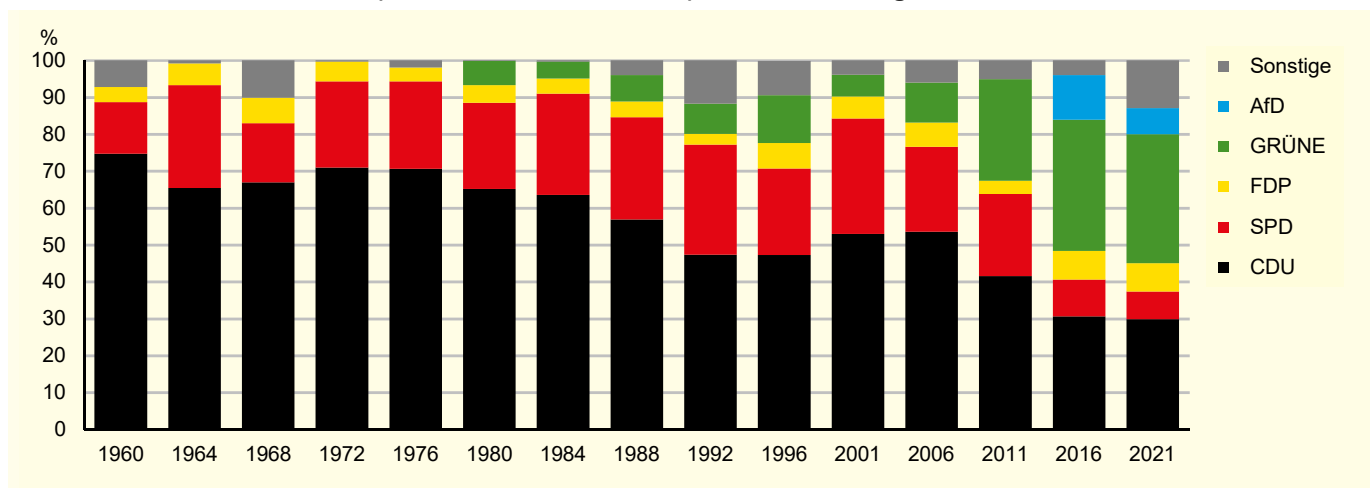
Bei der Wahl zum 17. Landtag von Baden-Württemberg am 14. März 2021 errangen die GRÜNEN mit 32,6 % erneut den höchsten Stimmenanteil im Land. Gegenüber der Landtagswahl 2016 verbesserten sich die GRÜNEN um 2,3 Prozentpunkte. Die CDU kam auf 24,1 % der gültigen Stimmen und landete damit deutlich auf dem zweiten Platz (– 2,9 Prozentpunkte). Die AfD musste Einbußen von 5,4 Prozentpunkten hinnehmen. Mit insgesamt 9,7 % verlor die Partei ihre Position als drittstärkste Kraft im Landtag. Die SPD verlor ebenfalls an Rückhalt (– 1,7 Prozentpunkte) und kam nur noch auf 11 %. Aufgrund der Schwäche der AfD erzielten die Sozialdemokraten aber wieder das drittbeste Ergebnis. Die FDP konnte sich um 2,2 Prozentpunkte verbessern und erhielt insgesamt 10,5 % der gültigen Stimmen. Die sonstigen Parteien kamen auf 12,1 %. Unter ihnen war DIE LINKE mit 3,6 % am stärksten, scheiterte aber erneut deutlich an der 5 %-Hürde. Das Landesparlament wird somit aus fünf Parteien mit insgesamt 154 Sitzen bestehen und um 11 Plätze größer sein.

An der Landtagswahl 2021 beteiligten sich 63,8 % der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung sank damit gegenüber der Landtagswahl 2016 um 6,6 Prozentpunkte. Die höchste Beteiligungsquote wurde mit 70,6 % im Wahlkreis 46 Freiburg I erreicht, dicht gefolgt von Wahlkreis 62 Tübingen mit 70,5 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung wurde in den Wahlkreisen 35 Mannheim I mit 51,3 % und im Wahlkreis 42 Pforzheim mit 54 % erzielt.

Wahlergebnisse im Vergleich in der Gemeinde

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE	Sonstige
		Anzahl			% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte						
Landtagswahl 2021	mit	2 511	1 815	72,3	40,2	26,0	7,9	8,1	6,2	2,1	9,6
Landtagswahl 2016	mit	2 482	1 918	77,3	36,8	29,7	9,2	8,4	11,8	1,2	2,9
Veränderung ³⁾		+ 29	– 103	– 5,0	+ 3,4	– 3,7	– 1,3	– 0,3	– 5,6	+ 0,9	+ 6,7
Bundestagswahl 2017	mit	2 502	2 119	84,7	16,8	40,0	14,9	11,8	8,8	3,6	4,2
Bundestagswahl 2013	mit	2 496	2 000	80,1	12,1	48,2	18,3	6,0	5,8	5,0	4,6
Veränderung ³⁾		+ 6	+ 119	+ 4,6	+ 4,7	– 8,2	– 3,4	+ 5,8	+ 3,0	– 1,4	– 0,4
Europawahl 2019	mit	2 513	1 882	74,9	27,9	36,0	11,1	5,6	8,3	1,9	9,2
Europawahl 2014	mit	2 503	1 582	63,2	12,9	46,2	20,6	3,3	7,3	2,3	7,3
Veränderung ³⁾		+ 10	+ 300	+ 11,7	+ 15,0	– 10,2	– 9,5	+ 2,3	+ 1,0	– 0,4	+ 1,9

Stimmenanteile der Parteien (ohne Briefwähler/-innen) bei den Landtagswahlen in der Gemeinde



Landwirtschaft

Bei der Landwirtschaftszählung 2020 wurden in Baden-Württemberg 39 085 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die zusammen 1,41 Mill. ha **landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)** bewirtschaftet haben. Seit 2010 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Land um etwa 5 400 verringert. Da sich die LF in diesem Zeitraum jedoch nur leicht verändert hat, ist die durchschnittliche Betriebsgröße von 31,7 auf 36,0 ha LF angestiegen.

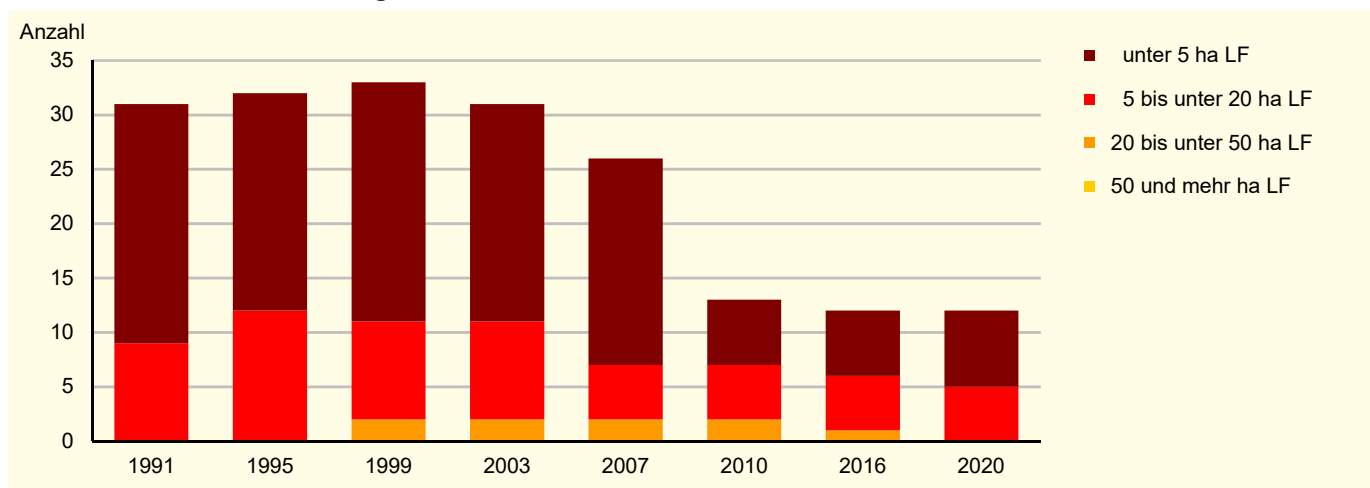
Die ökologische Landwirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs im Land. Insgesamt 4 459 Ökobetriebe bewirtschafteten 173 656 ha LF, was einem Anteil von 12 % der gesamten LF entsprach. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe sowie der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche haben in den vergangenen Jahren fortlaufend zugenommen und im Jahr 2020 neue Höchstwerte erreicht.

In 21 757 landwirtschaftlichen Betrieben im Land werden Tiere gehalten. Betriebe mit Viehhaltung werden jedoch immer weniger: Seit 1991 haben nahezu drei von vier Betrieben die Rinderhaltung aufgegeben, bei den Schweinehalten existiert etwa nur noch jeder zehnte Betrieb. Auch die Tierbestände haben sich verringert, allerdings weit weniger stark als die jeweiligen Haltungen: Es gibt weniger Viehhalterinnen und Viehhalter, sie haben sich in der Regel auf die Haltung einer Tierart spezialisiert und im einzelnen Betrieb werden deutlich mehr Tiere gehalten als früher.

Landwirtschaftliche Strukturdaten*) in der Gemeinde

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehwirtschaft	
		Haupterwerbsbetriebe	Öko-Betriebe		Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Viehhalter	Tierbestand
		Anzahl		ha	%			ha	Anzahl	GVE
1991	31	2	.	135	38	50	12	4	27	67
1995	32	4	.	148	35	50	15	5	24	65
1999	33	1	–	169	36	46	17	5	16	56
2003	31	2	–	153	37	43	19	5	21	31
2007	26	2	–	139	42	35	22	5	13	14
2010	13	2	–	106	51	30	19	8	6	.
2016	12	.	–	101	41	40	19	8	4	.
2020	12	4	–	74	.	47	.	6	3	.

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in der Gemeinde



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die **bereinigten Einnahmen** lagen 2019 mit 37,5 Mrd. Euro um 1,1 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 3,0 %). Gegenüber 2018 stiegen die Steuereinnahmen um 1,8 % auf 16,7 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) sank um 3,1 % und beträgt nun 6,5 Mrd. Euro. Die **bereinigten Ausgaben** der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2018 um 2,0 Mrd. auf 37,2 Mrd. Euro.

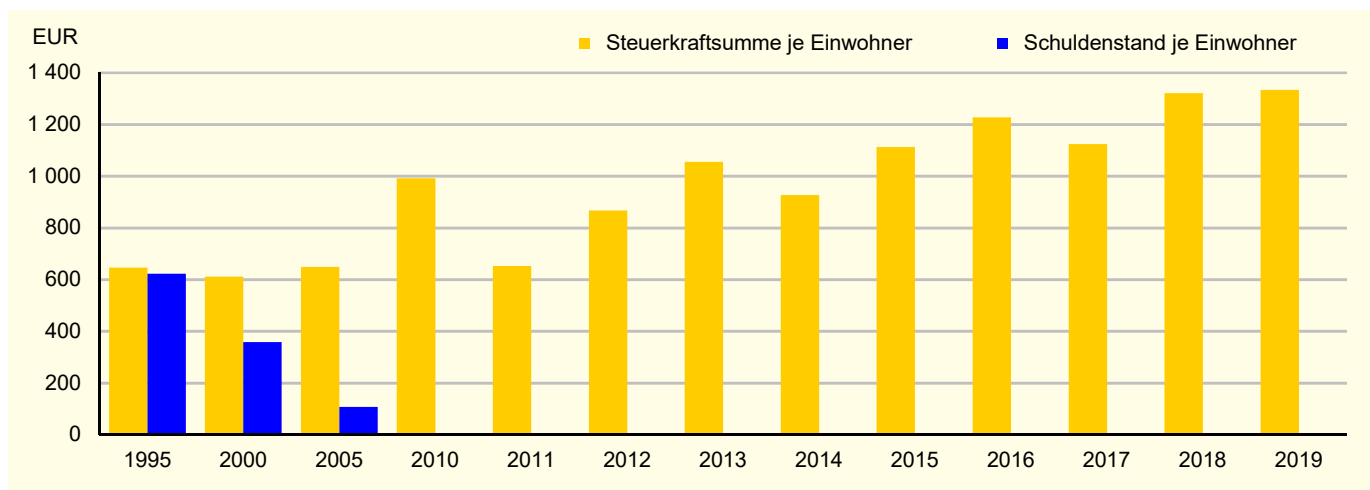
Die **Schulden** der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betrugen am 31.12.2019 insgesamt knapp unter 12,8 Mrd. Euro, wovon rund 5,8 Mrd. von den Kernhaushalten und gute 6,9 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 56 Mill. Euro bzw. 0,4 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 152 Euro.

Am 30. Juni 2019 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 248 385 Personen, darunter 183 000 Beschäftigte bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 167 770 Personen beschäftigt, davon 76 010 Teilzeitkräfte. Die Eigenbetriebe beschäftigten 15 235 Personen. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Gemeindebediensteten lag bei 45,3 %.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	651	288	1 189	521	118	52	20	.
1985	910	401	1 953	857	148	65	35	.
1990	1 257	514	1 955	778	65	26	40	.
1995	1 693	646	1 665	622	159	59	30	.
2000	1 762	611	1 045	358	221	76	30	25
2005	2 026	649	338	108	639	203	25	25
2010	3 198	992	–	–	1 195	372	35	25
2015	3 577	1 112	–	–	1 174	369	40	30
2018	4 271	1 321	–	–	2 615	802	40	30
2019	4 348	1 333	–	–	2 893	881	40	35

Steuerkraftsumme und Schuldenstand der Gemeinde



Lohn und Einkommensteuer

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2017 rund 5,7 Mill. unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige erfasst. Dabei zählen zusammenveranlagte Ehepaare oder Lebenspartnerschaften als eine steuerpflichtige Person.

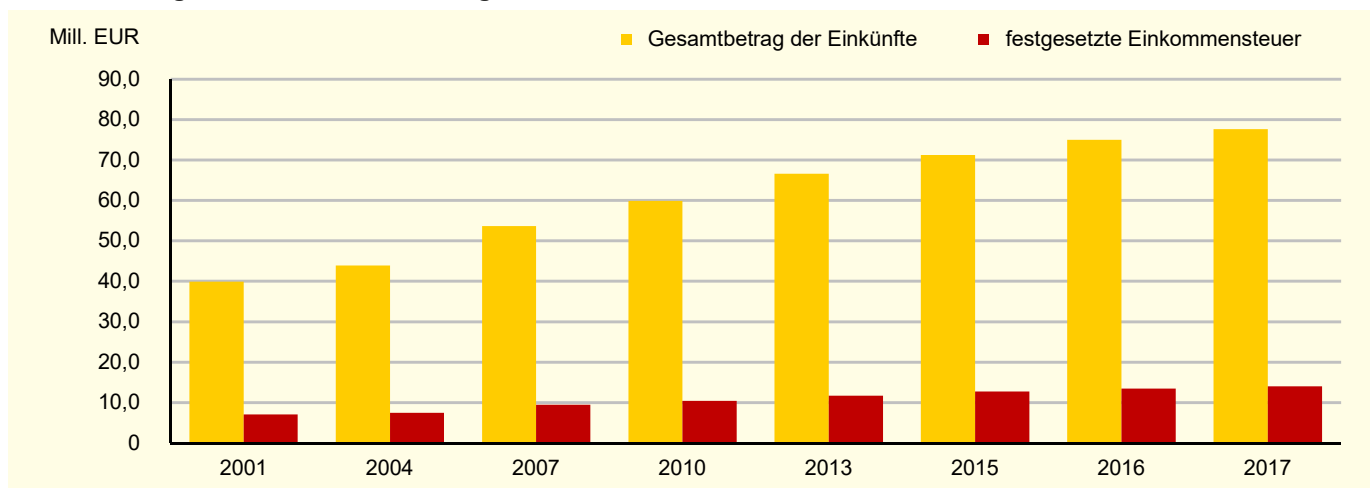
Der **Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE)** der Steuerpflichtigen im Land summierte sich auf rund 256 Mrd. Euro, was einer Steigerung um 4,5 % zum Vorjahr entspricht. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 44 808 Euro, der Median lag bei 31 527 Euro. Dieser Wert ist beispielsweise für Gemeinden relevant, die bei der Vergabe von Bauland das **Einheimischenmodell** anwenden. 4 087 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige in Baden-Württemberg erzielten jeweils einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 1 Mill. Euro. Damit erhöhte sich die Zahl der „Einkommensmillionärinnen und -millionäre“ gegenüber 2016 um 7,2 % (274 Steuerpflichtige), nachdem sie bereits von 2015 auf 2016 um 7,6 % gestiegen war.

Das zu **versteuernde Einkommen** der Steuerpflichtigen insgesamt lag in Baden-Württemberg bei 215 Mrd. Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr um 4,6 % entspricht. Das durchschnittlich zu versteuernde Einkommen je Steuerpflichtigen betrug somit 38 882 Euro, der Median lag bei 27 380 Euro. Insgesamt ergab sich so für Baden-Württemberg eine Summe von 48 Mrd. Euro als festgesetzte Einkommensteuer und damit 5,6 % mehr als im Vorjahr.

Lohn- und Einkommensteuer in der Gemeinde

Jahr	Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige ¹⁾	Gesamtbetrag der Einkünfte			zu versteuerndes Einkommen			festgesetzte Einkommensteuer
		insgesamt	je Steuerpflichtigen ²⁾	Median ³⁾	insgesamt	je Steuerpflichtigen	Median ³⁾	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR		1 000 EUR	EUR		1 000 EUR
2001	1 087	39 867	36 676	31 000	33 887	31 290	25 791	7 023
2004	1 377	43 930	31 902	26 029	37 095	26 939	20 992	7 403
2007	1 515	53 597	35 378	26 729	46 730	30 845	23 326	9 373
2010	1 592	59 868	37 605	26 967	50 292	31 591	22 261	10 420
2013	1 655	66 564	40 220	29 948	55 018	35 959	27 625	11 682
2015	1 648	71 229	43 222	31 715	59 185	37 459	27 565	12 723
2016	1 644	75 039	45 644	33 948	62 190	39 212	29 437	13 363
2017	1 668	77 580	46 511	34 400	64 108	39 943	29 552	13 980

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer in der Gemeinde



Wasserwirtschaft

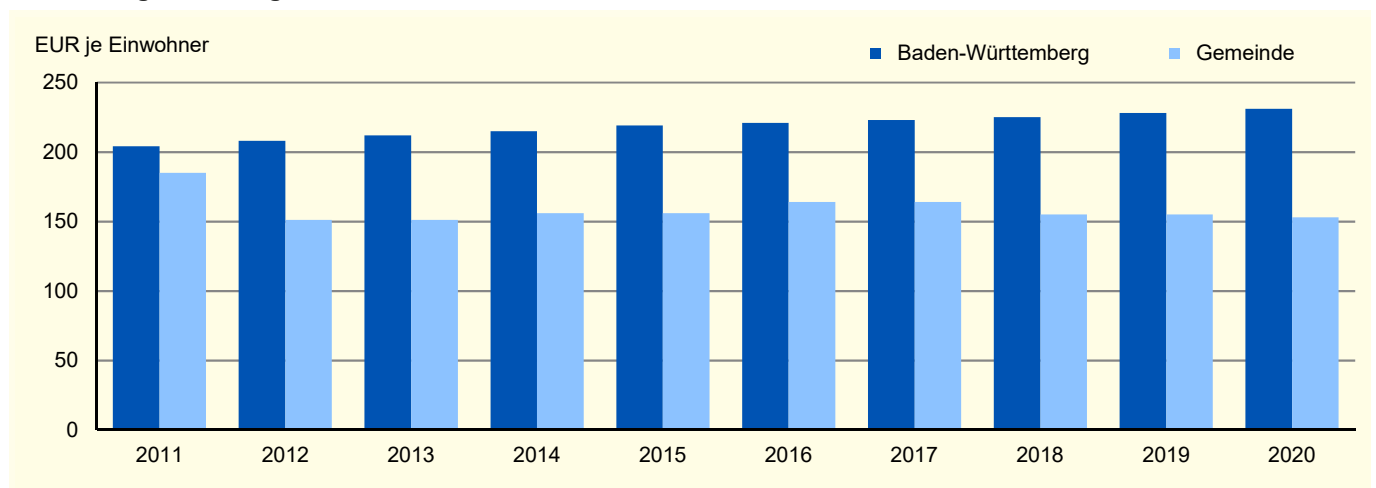
In Baden-Württemberg benötigte jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner im Jahr 2016 durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1991 noch bei 140 Litern. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Wassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Wasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-)Versorgung anderer Gemeinden bei.

Die durchschnittliche **Trinkwassergebühr** lag in Baden-Württemberg 2020 bei 2,23 Euro/m³, die Schmutzwassergebühr bei 1,95 Euro/m³, die Niederschlagswassergebühr bei 0,48 Euro/m² und die Grundgebühr für Trinkwasser und Abwasser bei 49,67 Euro/Jahr. 2020 betrug die **fiktive Jahresrechnung** für Trinkwasser und Abwasser im Land 231 Euro je Einwohner, wovon auf den Trinkwasserbezug 108 Euro und auf die Abwassersammlung und -reinigung 123 Euro entfielen. Die fiktive Jahresrechnung berücksichtigt sämtliche Gebührenarten, die in einer Modellrechnung zu einem Jahreswert vereint werden. Die genannten Landesdurchschnitte entstehen durch eine Gewichtung mit den Einwohnerzahlen der Gemeinden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wassergebühren in der Gemeinde

Jahr	Wasser- gewinnung ins- gesamt ¹⁾	Wasser- abgabe ins- gesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trink- wasser- gebühr am 1.1. ⁴⁾	Abwassergebühr am 1.1. ⁵⁾			Grundgebühr für Trink- und Abwasser am 1.1. ⁶⁾	
			zu- sammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf- Verbrauch		Einheits- gebühr	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser		
	1 000 m³			%	Liter	EUR/m³			EUR/m²	EUR/Jahr	
1979	121	121	121	120	99	144	0,49	0,72	.	.	.
1987	177	177	110	106	96	127	0,63	1,12	.	.	.
1995	130	130	107	106	99	111	0,82	2,66	.	.	.
2001	135	135	117	116	99	107	1,26	2,66	–	–	6,56
2007	8	124	124	121	98	105	1,07	1,90	–	–	6,48
2013	10	149	123	119	97	106	1,29	–	1,75	0,21	12,84
2016	9	139	129	127	98	112	1,81	–	1,51	0,21	16,69
2019	...	...	...	...	...	...	1,67	–	1,42	0,22	17,98
2020	.	.	.	.	.	.	1,59	–	1,41	0,25	17,33

Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser



Umwelt

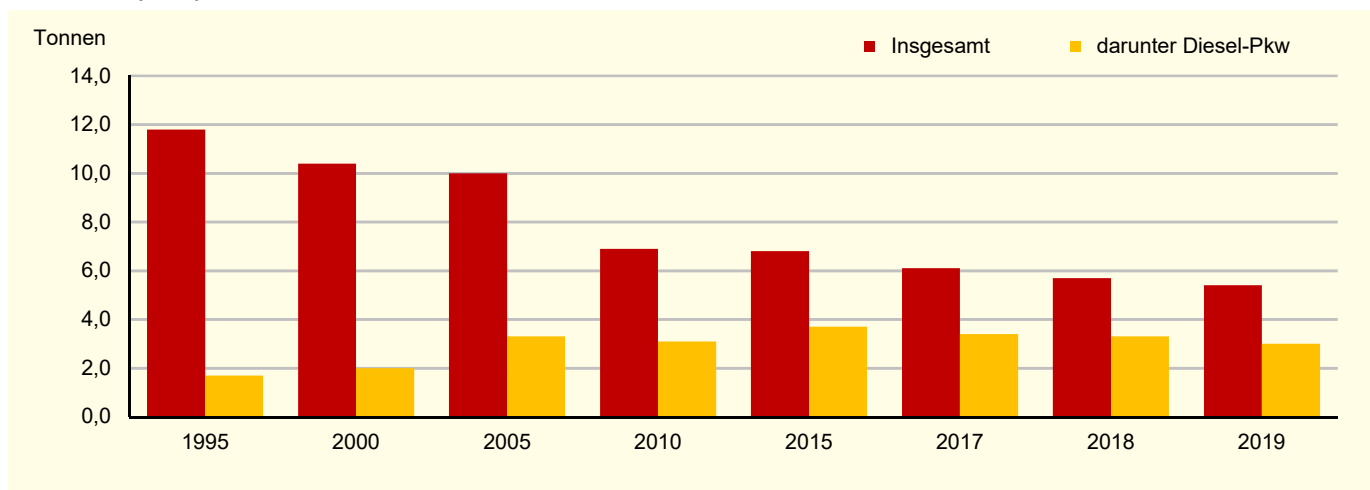
Die mit Kraftfahrzeugen auf den Straßen im Land jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten **Jahresfahrleistungen**, sind 2019 im Vergleich zum Vorjahr nur noch schwach auf jetzt 95,3 Mrd. km gestiegen. Dass überhaupt noch ein Anstieg der Fahrleistungen zu verzeichnen ist, liegt ausschließlich an den leichten Nutzfahrzeugen (Kfz ≤ 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht). Deren Fahrleistungen verdreifachten sich seit 1990 auf nun 6,9 Mrd. km. Die Pkw sind zwar nach wie vor die bestimmende Größe des Verkehrsaufkommens in Baden-Württemberg, jedoch sinkt deren Anteil seit 1995 kontinuierlich auf nun 84 %.

Trotz noch steigendem Trend bei den Jahresfahrleistungen haben die jährlichen **Schadstoffemissionen** durch stetig weiterentwickelte abgastechnische Maßnahmen an den Fahrzeugen mit Otto- und Dieselmotor im Land spürbar abgenommen. Nach dem nun in der Version 4.1 vorliegenden Handbuch für Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) lagen die Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2019 bei 54 700 t, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 8,4 % entsprach. Seit 1995 konnten die Stickoxidemissionen um knapp 60 % reduziert werden. Der größte Anteil an den Emissionen mit rund 55 % entfiel auf die Diesel-Pkw, während die leichten und schweren Nutzfahrzeuge zusammen 30 % verursachten. Vor 10 Jahren waren beide Fahrzeuggruppen noch mit Anteilen von jeweils knapp 40 % an dem durch den Straßenverkehr verursachten Ausstoß an Stickoxiden beteiligt.

Emissionen und Jahresfahrleistungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs					Jahresfahrleistungen				
	ins- gesamt ²⁾	darunter durch				ins- gesamt ²⁾	darunter durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutz- fahrzeuge	Leichte Nutz- fahrzeuge
	Tonnen					Mill. km				
1995	11,8	1,7	5,7	3,0	0,3	11,2	2,5	7,8	0,3	0,2
2000	10,4	2,0	4,3	2,9	0,3	12,0	2,8	8,2	0,4	0,2
2005	10,0	3,3	3,2	2,3	0,3	12,3	4,0	7,2	0,3	0,3
2010	6,9	3,1	1,8	0,9	0,7	9,3	3,5	4,8	0,2	0,6
2015	6,8	3,7	1,2	0,6	0,9	10,2	4,4	4,6	0,2	0,7
2017	6,1	3,4	1,0	0,5	0,9	10,4	4,5	4,6	0,2	0,8
2018	5,7	3,3	1,0	0,5	0,8	10,5	4,5	4,6	0,2	0,8
2019	5,4	3,0	0,9	0,4	0,7	10,5	4,5	4,6	0,2	0,9

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs in der Gemeinde



Verkehr

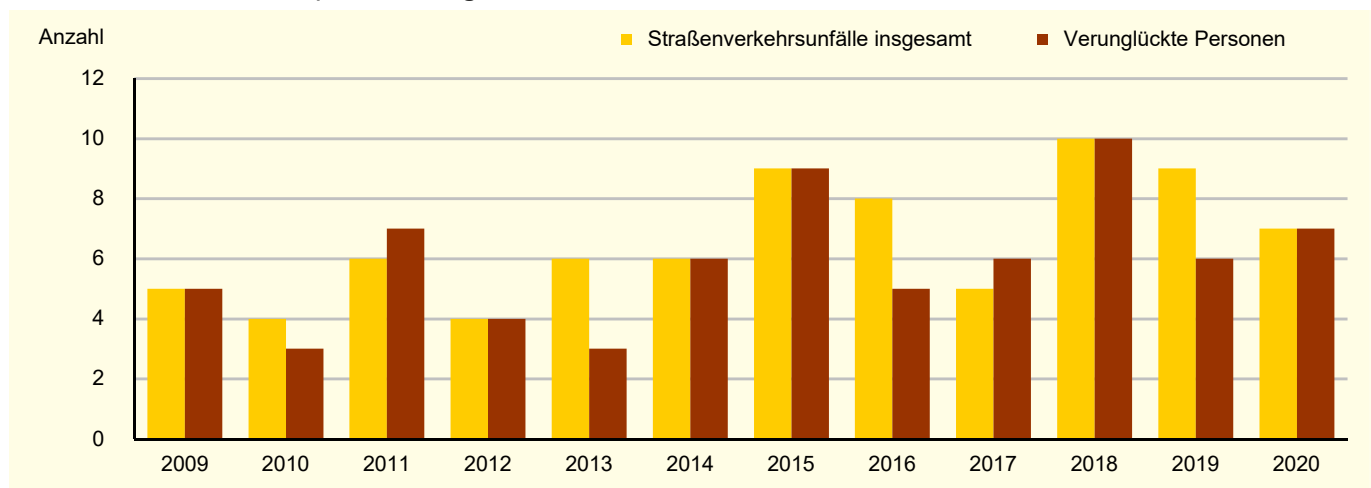
Der Bestand an Kraftfahrzeugen (Kfz) in Baden-Württemberg nimmt weiter zu. Trotz der Corona-Pandemie stieg die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen (Pkw) 2020 gegenüber dem Vorjahr nahezu unvermindert um 1,6 % auf mehr als 8,2 Mill. Kfz an, darunter 6,7 Mill. Pkw. Zwar sind rund 84 % des Pkw-Bestandes gemäß der Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, alternative Antriebsarten stellen mit 2,6 % jedoch eher einen Nischen-Anteil. Ebenfalls gestiegen ist der Motorisierungsgrad der baden-württembergischen Bevölkerung. Dieser lag 2020 bei 606 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Zum Vergleich: 2015 waren es noch 580 Pkw je 1 000 Personen. Dabei unterscheidet sich die Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw regional zum Teil erheblich. In der Universitätsstadt Heidelberg war das Verhältnis von Pkw zu Einwohnerinnen und Einwohnern 2020 mit 376 Pkw je 1 000 Personen am niedrigsten, im eher ländlich geprägten Hohenlohekreis mit 742 Pkw je 1 000 Personen am höchsten. Deutschlandweit kamen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt 574 Pkw.

Stärkere Rückgänge zeigten sich beim Unfallgeschehen. Mit rund 40 000 Verunglückten wurden 2020 deutlich weniger Menschen bei [Straßenverkehrsunfällen](#) verletzt als in den Jahren zuvor. Auch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmenden sank deutlich auf 330 Personen. Darüber hinaus ging auch die Zahl der sogenannten Bagatellunfälle 2020 zurück. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag bei rund 269 300 Unfällen.

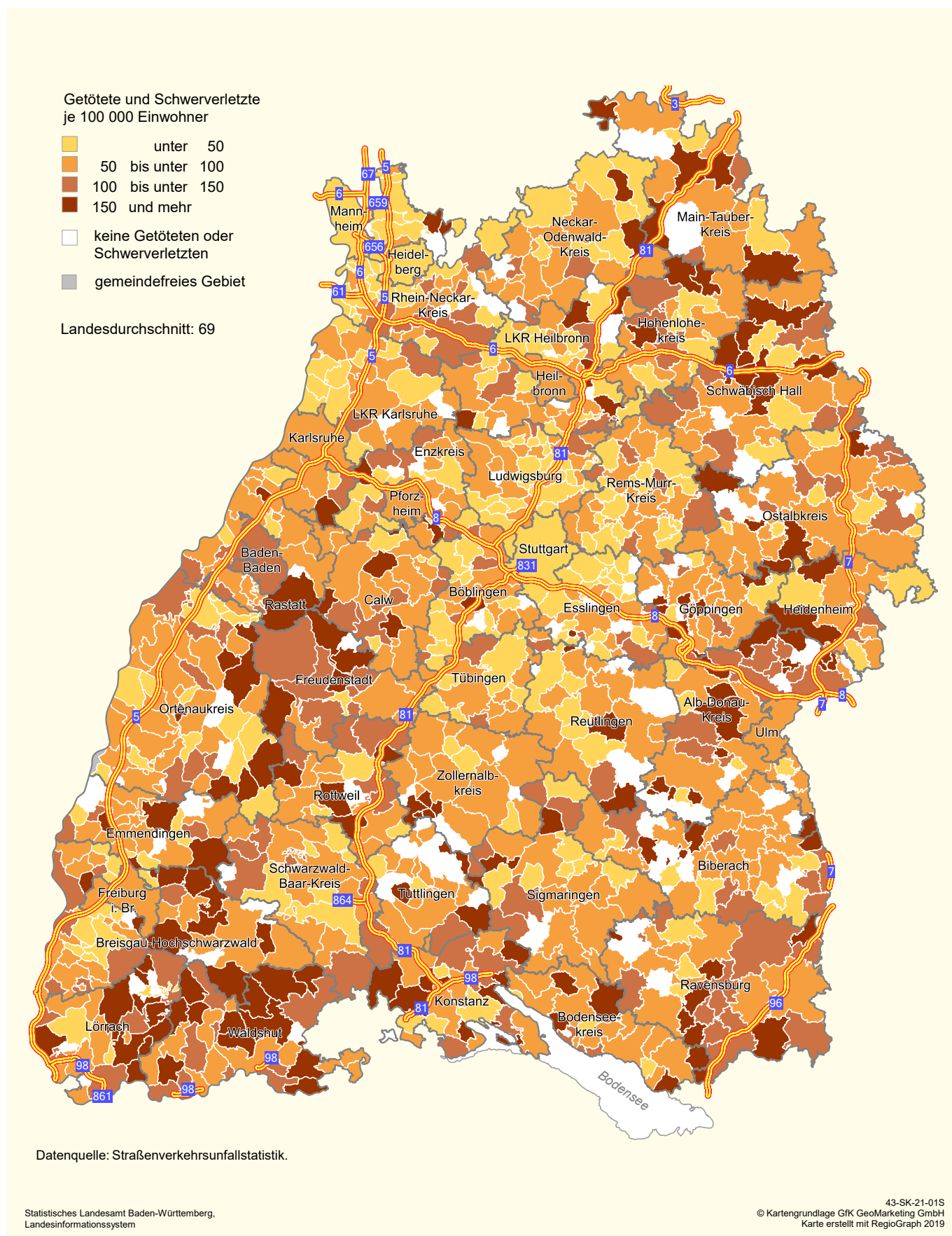
Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle*) in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Straßenverkehrsunfälle		Ver- unglückte Personen	Darunter	
	insgesamt ²⁾	darunter			insgesamt	darunter mit Personen- schaden		Getötete	Schwer- verletzte
		Pkw ³⁾	Krafträder						
1991	1 574	1 308	106	513	9	7	7	–	1
1995	1 743	1 405	142	525	9	9	13	–	4
1999	1 921	1 528	181	529	8	7	9	–	2
2003	2 139	1 704	200	562	7	6	8	–	3
2007	2 368	1 912	220	597	9	9	10	–	2
2011	2 293	1 823	229	564	6	6	7	–	1
2015	2 440	1 934	248	607	9	7	9	–	4
2018	2 549	1 993	277	614	10	9	10	–	–
2019	2 600	2 036	280	620	9	6	6	–	2
2020	2 652	2 085	284	633	7	6	7	–	1

Straßenverkehrsunfälle*) und verunglückte Personen in der Gemeinde



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2020



Datenquellen und Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ... und ... im Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Umwelt“, Fußnote 2).
- 5) Stand Juli des Jahres.
- 6) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote *).
- 7) Siehe unter „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 8) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

Datenquelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

- *) Die Jahre 2000 und 2010 wurden entsprechend der ALKIS-Nomenklatur rückgerechnet und sind damit vergleichbar.

Bevölkerung

Datenquellen: Bis 1987 Volkszählungen (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.

Statistiken der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2017, Hauptvariante.

- 1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Ausländische Bevölkerung

Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 2000 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.

- *) Veränderungsrate 2011: einschließlich Zensus-Korrekturen.

Bildung

Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Ohne Berücksichtigung von Schüler/-innen und Klassen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 bzw. in den Jahrgangsstufen 1 und 2 (Kursphase) der Gymnasien, Schulen besonderer Art, Abendgymnasien und Kollegs sowie den Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen).

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

- *) Arbeitslose: Jahresdurchschnitte.

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres.

- 2) Wirtschaftsgliederung:

2005 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003); ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Bauen

Datenquellen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen.

- 1) Einschließlich Wohnheime.

- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

Datenquelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes.

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres;
1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987;
2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Landtagswahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler/-innen nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler/-innen ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile. Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-

Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl.

- 3) Findet in der Gemeinde in einem Wahljahr eine eigene, im anderen Wahljahr jedoch keine eigene Briefwahlauszählung statt, werden keine Angaben zur Veränderung der „Wähler/-innen“, der „Wahlbeteiligung“ und zu den „Stimmenanteilen“ ausgewiesen.

Landwirtschaft

Datenquellen: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung.

- *) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind die Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Datenquellen: Schuldenstatistik; Kommunale Jahresrechnungsstatistik, Personalstandstatistik.

- *) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe (ohne Eigenbetriebskrankenhäuser) jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite). Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.
- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Lohn- und Einkommensteuer

Datenquelle: Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

- 1) Veranlagte Steuerpflichtige und nicht veranlagte Arbeitnehmer, soweit für diese Werte in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung enthalten waren.
- 2) Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen ist das Maß für die Anwendung des „Einheimischenmodells“ (siehe auch Glossar).
- 3) Der Median (auch Zentralwert genannt) ist der Wert in der Mitte einer der Größe nach geordneten Datenreihe, d. h. mindestens 50 % der Daten sind kleiner oder gleich dem Median und mindestens 50 % der Daten sind größer oder gleich dem Median.

Wasserwirtschaft

Datenquellen: Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte.

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger) Wasserversorgungsunternehmen.
- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an ihre Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife.
- 5) Die gesplittete Abwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche. Die Einheitsgebühr orientiert sich ausschließlich am Trinkwasserverbrauch. Im Gegensatz zum Trinkwasser erheben nur wenige Gemeinden eine Grundgebühr für das Abwasser.
- 6) Beim Trinkwasser einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife.

Umwelt

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg; Eigene Berechnungen lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 4.1 2019.

- 1) 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 Ergebnisse aufgrund der allgemeinen Verkehrszählung; andere Jahre Fortschreibung anhand der Ergebnisse für automatische Dauerzählstellen.
- 2) Einschl. Busse und Krafträder.

Verkehr

Datenquellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Straßenverkehrsunfallstatistik.

- *) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 1) Stichtag jeweils 1.7.; ab 2001: jeweils 1.1.
 - 2) 1995: ohne Busse; ab 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen.
 - 3) Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden ab dem 01.10.2005 auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.
 - 4) Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Glossar (alphabetisch)

Arbeitslose

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten sowie eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen. Dabei ist zudem Voraussetzung, dass sie den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Ausländische Bevölkerung

Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, das heißt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und werden statistisch nicht erfasst.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen entsprechen Ausgaben bzw. Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich wären und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden. Sie lassen sich exakt nur für die Summe der Gemeinden/Gemeindeverbände bilden.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Einheimischenmodell

Das Einheimischenmodell dient der vorrangigen Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung. Gemeinden wollen dabei durch eine Baulandpreisregelung sicherstellen, dass einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung gegenüber finanzstarken Zu-

züglern einen Vorsprung beim Kauf von Bauland erhalten. Die rechtliche Grundlage findet sich in Deutschland im Baugesetzbuch (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB). Die Handhabung darf aber nicht dazu führen, dass Auswärtige von einer Kaufmöglichkeit völlig ausgeschlossen werden. Im Februar 2017 haben sich die Europäische Kommission, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und die Bayerische Staatsregierung auf angepasste Kriterien geeinigt: Für das Modell kommen Bewerber in Betracht, deren Vermögen und Einkommen bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet; bei der anschließenden Punkteverteilung kann dem Kriterium der „Ortsgebundenheit“ bis zu 50 % Gewichtung beigemessen werden.

Fiktive Jahresrechnung (Jahresvergleichsentgelt)

Die Verbraucherkosten für Trinkwasser und Abwasser lassen sich nicht unmittelbar aus den Gebühren ableiten. In einer für jede Gemeinde durchgeführten Modellrechnung werden die jeweiligen Gebühren in Jahreswerte überführt, die sich zur fiktiven Jahresrechnung (Jahresvergleichsentgelt) je Einwohner addieren. Bei den zur Multiplikation verwendeten Faktoren, zum Beispiel der jährliche Trinkwasserverbrauch je Einwohner, handelt es sich um Landesdurchschnitte. Methodische Erläuterung: https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Wasser/Trink-Abwasserpreise_JahrRech_i.jsp

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule, arbeitet in Lerngruppen, Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Gesamtbetrag der Einkünfte

Der Gesamtbetrag der Einkünfte errechnet sich aus der Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten (Nichtselbständige Arbeit, Selbständige Arbeit, Sonstige Einkünfte, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Verpachtung) nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert um den Altersentlastungsbetrag und den Abzug nach § 13 Abs. 3.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurch-

fahrten (klassifizierten Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Zählstellen. Die Werte des Jahres 2010 wurden aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei der ausführlichen Straßenverkehrszählung revidiert.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebflächen sowie Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen. Dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen, Waldflächen, Kurzumtriebsplantagen sowie Gebäude- und Hofflächen zählen nicht hinzu.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendler-Überschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schadstoffemissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft.

Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet.

Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBE-FA)“ in der Version 4.1 vom April 2019. Die Emissionsfaktoren wurden rückwirkend ab 1995 neu berechnet.

Schulden

Bis 2009 Schulden am Kreditmarkt: Schulden, die durch Ausgabe von Wertpapieren oder durch Aufnahme von Fremdmitteln bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen, der Bundesagentur für Arbeit, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen sowie bei sonstigen inländischen und ausländischen Stellen entstanden sind. Nicht mit einbezogen sind hierbei Kassenverstärkungskredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden.

Ab 2010: alle am Stichtag bestehenden In- und Auslandsschulden (einschließlich Kassenkredite), für die Gebietskörperschaften oder öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) Schuldner sind. Die Schulden werden mit dem Nennbetrag ohne Abzug eines etwaigen Disagios nachgewiesen. Die Zuordnung der Schulden erfolgt in der Schuldenstatistik nach dem Gläubigerprinzip. Es wird unterschieden zwischen Schulden beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Flächenkategorien des Liegenschaftskatasters „Siedlung“ abzüglich Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch plus „Verkehr“ zusammen. Sie kann keineswegs mit dem Begriff „versiegelt“ gleichgesetzt werden, da sie einen nicht quantifizierbaren Anteil von nicht bebauten und nicht versiegelten Frei- und Grünflächen enthält.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind, sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Als Straßenverkehrsunfälle gelten von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet, verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschäden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Täglicher Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch wird definiert als Saldo von Anfangs- und Endbestand der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) einer Periode. Dieser Wert dividiert durch die Periodendauer in Tagen ergibt den täglichen Flächenverbrauch. Der Indikator verdeutlicht Ausmaß und Tempo der Nutzungsänderungen. Dabei ist Flächenverbrauch und Versiegelung (teilweises oder vollständiges Abdichten offener Böden) keinesfalls gleich zu setzen.

Trinkwassergebühr

Die Trinkwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Gebühr und der jährlichen Grundgebühr für die vom Wasserversorgungsunternehmen bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wohnbaufläche

Baulich geprägte Fläche, einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freiflächen (z.B. Vorgärten, Ziergärten, Hausgärten bis 10 Ar, Zufahrten, Stellplätze), die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienen.

Wohnräume

Zu Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.

Zu versteuerndes Einkommen

Das Einkommen, vermindert um die Kinderfreibeträge (§§ 31, 32 Abs. 6) und den Härteausgleich nach § 46 Abs. 3, ist das zu versteuernde Einkommen; dieses bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine
Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für
aktuelle und historische baden-württembergische
und deutsche Statistik sowie für baden-württem-
bergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de